

## Erster Studiengang für hochqualifizierte Einwanderer an der Universität Oldenburg

Der »Kampf um die besten Köpfe« fand in der Bundesrepublik nur bedingt statt. Ausgelöst durch alarmierende Prognosen zum steigenden Bedarf an qualifizierten Fachkräften und zur demographischen Entwicklung, kündigte Bundeskanzler Gerhard Schröder im Februar 2000 an, die Bundesregierung wolle dringend benötigten ausländischen Spezialisten aus der Informationstechnologie die Einreise in die Bundesrepublik ermöglichen. Diese sog. Green-Card-Initiative erwies sich u.a. wegen zahlreicher Restriktionen als wenig attraktiv, führte aber zu einer Reihe weiterer politischer Schritte. Im September 2000 wurde eine Kommission unter der Leitung von Rita Süssmuth berufen, die ein Konzept zukünftiger Zuwanderungs- und Integrationspolitik entwickeln sollte. Der Bericht dieser Kommission enthält als einen zentralen Kernpunkt die Empfehlung, hochqualifizierten ausländischen Arbeitskräften die Zuwanderung nach Deutschland zu ermöglichen. Ausgewählt werden sollten sie nach einem genauen Punktesystem. Kriterien waren Ausbildung, Berufserfahrungen, Sprachkenntnisse und Alter. Auch der Sachverständigenrat für Zuwanderung kam in seinem Jahresgutachten 2004 zu der Empfehlung, den Zugang für 25.000 gut ausgebildete Fachkräfte (»Engpass-Arbeitskräfte«) zu öffnen. Alle diese Empfehlungen fanden nach den Ereignissen des 11. September 2001 und wegen des aufgeflammtten Parteienstreits über die terroristische Bedrohung der Bundesrepublik keinen Zugang mehr in das am 1. Januar 2005 in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz.

Nach einer langen Phase der Anwerbung von Ausländerinnen und Ausländern zur Verrichtung von unqualifizierten Tätigkeiten (»organisierter Unterschichtenimport«) überrascht es nicht, dass bei der Suche nach den benötigten hochqualifizierten Fachkräften der Blick aufs Ausland gerichtet wurde. Dabei wurde völlig übersehen, dass die gesuchten Spezialisten z.T. schon längst in Deutschland waren. In erster Linie sind hier die jüdischen Kontingentflüchtlinge zu nennen, die seit 1991 ohne große bürokratische Auflagen nach Deutschland immigrieren konnten. Der Anteil von Hochqualifizierten in dieser Gruppe wird auf 70-80 Prozent geschätzt. Hinzu kommen anerkannte Flüchtlinge mit Aufenthaltsstatus, bei denen der Anteil von Fachhochschul- bzw. Universitätsabsolventen bei

knapp 20 Prozent vermutet wird. Bei den (Spät-)Aussiedlern wird von etwa 5 bis 10 Prozent Akademikern ausgegangen.

Trotz Aufenthaltsstatus, trotz hoher Abschlüsse befinden sich viele der hochqualifizierten Einwanderer in einer ökonomisch und bildungspolitisch prekären Lage. Eine explorative Studie des *Interdisziplinären Zentrums für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen (IBKM)* an der *Universität Oldenburg* hat 2002/2003 auf einer breiten empirischen Ebene Daten zur Lage hochqualifizierter Asylberechtigter und jüdischer Kontingentflüchtlinge in Niedersachsen erhoben. Als »hochqualifiziert« galten alle Migrantinnen und Migranten, die zumindest einen Hochschulzugang erworben hatten. Die Untersuchung ergab, dass von den 260 befragten Hochqualifizierten in Niedersachsen 66 Prozent arbeitslos und elf Prozent lediglich in Teilzeit- oder 325-Euro-Jobs tätig waren. 38 Prozent gaben an, dass ihre mitgebrachten Abschlüsse von den zuständigen Behörden nicht anerkannt wurden; 27 Prozent hatten gar keinen Versuch unternommen, ihre Abschlussdokumente anerkennen zu lassen<sup>1</sup>.

Wer keinen Abschluss nachweisen kann, gilt in der Bundesrepublik als ungelernete Arbeitskraft. So werden Migrantinnen und Migranten mit hohen Bildungs- und Berufsprofilen häufig auf Arbeitsstellen verwiesen, für die sie völlig überqualifiziert sind (wie etwa für Lager-, Band- oder Bauarbeiten). Nur selten bieten die Ämter der Arbeitsvermittlung angemessene Weiterbildungsmaßnahmen an, sondern insistieren häufig auf die Annahme anspruchsloser Jobs, um soziale Leistungen einzusparen. Zu Recht ist diese Praxis des Nichtbeachtens von Ressourcen als »Brain Waste«, als Verschleuderung von Kompetenzen, kritisiert worden.

Aus der Studie des *IBKM* ging eine Reihe von Initiativen hervor. Zunächst wurde vom *IBKM* eine Broschüre für hochqualifizierte Einwanderer zusammengestellt, die über die zuständigen Institutionen zur Anerkennung von Abschlüssen in Niedersachsen in fünf Sprachen informiert<sup>2</sup>.

Da die Untersuchung ergeben hatte, dass von den Probanden ohne Arbeit 18 Prozent aus pädagogischen oder sozialen Berufen stammten, eröffnete das *IBKM* 2004 ein einjähriges Kontaktstudienangebot für eingewanderte Flüchtlinge aus diesen Bereichen unter dem Titel »Interkulturelle Kompetenz

in pädagogischen Arbeitsfeldern«. Dieser erste Studiengang, der mit einem Zertifikat endete, hat die Chancen auf einen angemessenen Arbeitsplatz für die Absolventinnen und Absolventen signifikant verbessert: Wie eine Begleituntersuchung ermittelte, haben über 70 Prozent der Studierenden anschließend eine entsprechende Anstellung gefunden<sup>3</sup>.

Ein zweiter Studiengang ergab ähnlich hohe Erfolgsquoten und führte zu dem Entschluss der Universität, einen weiterbildenden BA-Studiengang »Interkulturelle Bildung und Beratung« ab dem Wintersemester 2006 anzubieten. Wie die Studienangebote bisher auch, so wird auch dieses BA-Angebot aus Fördermitteln der Europäischen Union (Europäischer Flüchtlingsfonds) finanziert.

Zielgruppe sind höherqualifizierte Einwanderer – deutsche und ausländische Staatsangehörige – mit festem Aufenthaltsstatus und einer Hochschulzugangsberechtigung, die das deutsche Bildungssystem nicht durchlaufen haben (und somit über einen individuellen Migrationshintergrund verfügen). Das Studium qualifiziert für Tätigkeiten in den Praxisfeldern von Sozialer Arbeit, Beratung und Erziehung, in der Bildungs- und Jugendarbeit, speziell in allen Bereichen der Integration von Migrantinnen und Migranten<sup>4</sup>.

In Vorlesungen und Seminaren werden Studieninhalte in folgenden Modulen vermittelt:

- Migration in Europa – Einwanderungsland Deutschland,
- Managing Diversity in der Einwanderungsgesellschaft,
- Politisches und administratives System und Bildungssystem der Bundesrepublik Deutschland (BRD),
- Lehren und Lernen in pädagogischen Handlungsfeldern der BRD,
- Pädagogisches Handeln in der Einwanderungsgesellschaft,
- Rechtsgrundlagen und Verwaltungshandeln im Migrationskontext,
- Strukturen und Grundprinzipien der interkulturellen Beratung,
- Sozialarbeit/Sozialpädagogik,
- Deutsch als Zweitsprache und interkulturelle Kommunikation,
- Grundprinzipien und Konzepte von Assessment- und Potenzialanalyse-Verfahren,
- Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Die Regelstudienzeit des weiterbildenden Bachelor-Studiengangs »Interkulturelle Bildung und Beratung« beträgt drei Studienjahre. Das erste Studienjahr wird durch die Anerkennung von nachgewiesenen Vorleistungen im Umfang von 60 Kreditpunkten (KP) erbracht, die in Studiengängen mit pädagogischen Anteilen erworben worden sind. Deshalb beginnt dieses Bachelor-Studium mit dem zweiten Studienjahr und muss innerhalb von zwei Jahren zu Ende geführt werden. Wird ein regulärer Studienabschluss nicht erreicht, können erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen durch ein Zertifikat bescheinigt werden.

Das Studium gliedert sich wie folgt:

2. Studienjahr (3./4. Semester: 60 KP)

- Aufbaumodule
- Praktikumsmodul
- Fachsprache Deutsch

3. Studienjahr (5./6. Semester: 60 KP)

- Akzentsetzung
- Forschungswerkstatt
- Fachsprache Deutsch
- Bachelorarbeit.

Das Angebot dieses Studienganges – der erste seiner Art in Europa – stieß auf eine enorme Resonanz: Innerhalb weniger Wochen erreichten uns aus der gesamten Bundesrepublik hunderte von Anfragen hochqualifizierter Einwanderer. 46 von ihnen schickten ihre Bewerbungsunterlagen; 24 Studienplätze wurden schließlich vergeben. Das starke Interesse und die hohe Motivation der Studierenden ergeben sich auch

daraus, dass mehrere von ihnen ihren Wohnsitz (u.a.v on Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen) nach Oldenburg verlegen mussten, weil es sich um ein Präsenzstudium handelt. Die Studierenden sind aus 13 verschiedenen Staaten der Welt immigriert.

Nicht nur bei den Einwanderern, sondern auch bei den Medien traf der Studiengang auf starkes Interesse. Mehr als 20 Printmedien überregionaler Bedeutung (wie Süddeutsche Zeitung, ZEIT, SPIEGEL-Online, Frankfurter Rundschau etc.) sowie etwa gleich viele Radio- und TV-Sender berichteten über den Studiengang<sup>5</sup>.

Angesichts der Abwanderungen von hochqualifizierten Deutschen ins Ausland und einem steigenden Bedarf an kompetenten Fachkräften sind die Forderungen nach Öffnung des Zuwanderungsgesetzes zur Anwerbung von entsprechendem Personal wieder stärker geworden. Wie groß der Bedarf an Hochqualifizierten mit Migrationshintergrund ist, zeigt sich darin, dass schon zahlreiche verschiedene Institutionen bei der Universität angefragt haben, wann die Studierenden des BA-Studienganges für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stünden (etwa zur Arbeit in Berufsschulen und Kindertagesstätten mit hohem Anteil von Migrantenkindern und –jugendlichen).

Langsam setzt sich offensichtlich die Einsicht durch, dass wir Immigranten mit hohen Kompetenzen im Lande haben, deren Weiterbildung zur Integration in den Arbeits-

markt relativ schnell und kostengünstig zu bewerkstelligen wäre und zu einer echten Win-win-Situation führen könnte: Die Immigranten könnten ihre Potenziale einbringen und ein selbstbestimmtes Leben führen, der Sozialstaat würde von Abgaben entlastet und von Steuereinzahlungen profitieren, die Hochschulen und Universitäten könnten direkt und unmittelbar ihre Forschungs- und Lehrqualitäten durch Internationalisierung und interkulturelle Diskurse zwischen Einheimischen und Migranten erhöhen.

Sicherlich ist der Studiengang in Oldenburg nur ein erstes Angebot für eine Gruppe innerhalb der bisher ignorierten Elite der Einwanderer. Ihr müssten viele weitere Studienangebote auch aus anderen Fachdisziplinen deutscher Hochschulen und Universitäten folgen!

Rolf Meinhardt

- 1 Vgl. Anwar Hadeed: *Sehr gut ausgebildet und doch arbeitslos. Zur Lage höher qualifizierter Flüchtlinge in Niedersachsen*, Oldenburg: Schriftenreihe des IBKM, Bd. 10, 2004
- 2 Anwar Hadeed/Anthrin Simon: *Berufliche Integration. Ein Wegweiser für höher qualifizierte Zuwanderinnen und Zuwanderer in Niedersachsen*, Oldenburg: BIS Verlag 2004
- 3 Vgl. Inga Scheumann: *Die Weiterbildung hochqualifizierter Einwanderer – zur Evaluierung des Oldenburger Kontaktstudiums*, Oldenburg: Schriftenreihe des IBKM, Bd. 27, 2007
- 4 Nähere Informationen unter [www.uni-oldenburg.de/ibkm/19186.html](http://www.uni-oldenburg.de/ibkm/19186.html)
- 5 Eine Dokumentation der Pressebeiträge findet sich unter [www.uni-oldenburg.de/ibkm/22888.html](http://www.uni-oldenburg.de/ibkm/22888.html)

Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.)

## Beheimatung durch Kultur

### Kulturrorte als Lernorte interkultureller Kompetenz

Kulturpolitische Gesellschaft e.V./Klartext Verlag • Dokumentation der Kulturpolitischen Gesellschaft, Band 66 • ISBN 978-3-923064-23-6 oder ISBN 978-3-89861-778-9 • 397 Seiten • 17,00 Euro

In den Jahren 2004 bis 2006 führte das *Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft* mit finanzieller Unterstützung des *Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft* das Projekt »Kulturrorte als Lernorte interkultureller Kompetenz« durch. Im Zentrum stand dabei die Rolle von Kunst und Kultur im gesellschaftlichen Integrationsprozess.

Ziel des Projektes war es, auf der Basis einer bundesweiten Bestandsaufnahme der entsprechenden kommunalen Kultur- und Jugendarbeit Vorschläge zur Verbesserung des interkulturellen Kulturaustausches zu entwickeln, um die zahlreichen Freizeit-, Bildungs- und Kulturrorte – vom Museum über das Jugendzentrum

bis hin zur Schule – für die Ausbildung interkultureller Kompetenz weiter zu qualifizieren.

Der Band dokumentiert die Projektergebnisse, zeigt an einzelnen kulturellen Feldern Ansatz interkultureller Kulturarbeit auf und schildert am Beispiel von Frankreich, der Schweiz, den Niederlanden, Dänemark, Italien und Polen Erfahrungen aus anderen Ländern.

Autoren sind u.a.: Klaus J. Bade, Davide Brocchi, Tayfun Demir, Manuel Gogos, Rolf Graser, Ulla Harting, Christian Höppner, Michael Koechlin, Ayyub Axel Köhler, Dorothea Kolland, Franz Kröger, Jürgen Markwirth, Aziz Nazer-Mahmood, Dolores Smith, Anna Sosna, Thomas Strittmatter, Bart Top, Bernd Wagner, Rolf Witte

Kulturpolitische Gesellschaft e.V. • Weberstr. 59a • 53113 Bonn

T 0228-201 67-0 • F 0228/201 67-33 • [post@kupoge.de](mailto:post@kupoge.de) • [www.kupoge.de](http://www.kupoge.de)

